

fünf Bezirksregierungen. Wir werden im Rahmen der Querschnittsfunktionen schon jetzt die Synergieeffekte nutzen können.

Ich möchte Ihnen nur noch vor Augen führen, dass das Ergebnis der Sachverständigenanhörung sehr deutlich natürlich auch positive Voten gebracht hat. Die verwaltungsstrategische und die finanzielle Notwendigkeit erfordern, dass wir parallel arbeiten. Wir können jetzt schon beginnen, die Planstellen einzusortieren. Wir können die Querschnittsaufgaben entsprechend abbauen. Das ist ein guter Auftakt für die Veränderungen. Es gibt keinen Grund, sie auf die lange Bank zu schieben. – Vielen Dank.

(Beifall von CDU und FDP)

Vizepräsident Oliver Keymis: Vielen Dank, Herr Minister Wolf – auch für die eine Minute und 45 Sekunden weniger genutzte Redezeit. Darüber freuen wir uns, weil gleich noch der Regionalabend Köln/Bonn ansteht.

Ich sehe keine weiteren Wortmeldungen. Die Beratung ist damit beendet.

Wir kommen zur Abstimmung. Die antragstellende Fraktion Bündnis 90/Die Grünen hat direkte Abstimmung beantragt. Ich lasse deshalb über den Inhalt des **Antrages Drucksache 14/3033 – Neudruck** – abstimmen. Wer ist für diesen Antrag? – SPD und Bündnis 90/Die Grünen. Wer ist gegen diesen Antrag?

(Zurufe von SPD und GRÜNEN: Zu wenig! – Weitere Zurufe)

– Wir zählen eben schnell durch. Ich sehe auch vereinzelte Personen, die sich nicht verirrt, sondern mitgestimmt haben. – Also: Die Mehrheit des Hauses hat sich auch diesmal etabliert, wie mir das Präsidium bestätigt.

(Widerspruch von SPD und GRÜNEN)

Mit den Stimmen von CDU und FDP ist dieser Antrag damit **abgelehnt**.

(Beifall von CDU und FDP)

Vielen Dank für die zügige Beratung. – Wir kommen damit zu

8 Gesetz zur Straffung der Behördenstruktur in Nordrhein-Westfalen

Gesetzentwurf
der Landesregierung
Drucksache 14/2574

Beschlussempfehlung und Bericht
des Ausschusses für Kommunalpolitik
und Verwaltungsstrukturreform
Drucksache 14/3044

zweite Lesung

Ich eröffne die Beratung und erteile für die CDU-Fraktion Herrn Abgeordneten Kruse das Wort.

(Unruhe)

Liebe Kolleginnen und Kollegen, darf ich um Aufmerksamkeit für den nächsten Punkt bitten, auch wenn heute Nikolaustag ist und das natürlich viele sehr beschäftigt, weil alle darüber nachdenken, dass am 6. Dezember 342 Nikolaus verstorben ist. Das habe ich heute Morgen gelesen. Ich meine, das sollte man auch mit der nötigen Stille zur Kenntnis nehmen und dem Redner, Herrn Kollegen Kruse, die Möglichkeit zum Sprechen geben. Bitte, Herr Kruse.

Theo Kruse (CDU): Herr Präsident, ich danke Ihnen sehr herzlich und begrüße Sie, meine sehr verehrten Damen und Herren. Eine grundlegende Verwaltungsstrukturreform und ein umfassender Bürokratieabbau sind zentrale Themen, die sich die Landesregierung und die Fraktionen von CDU und FDP für diese Legislaturperiode vorgenommen haben.

Die Verwaltungsstrukturreform wird viele Jahre dauern. Ganz ohne Frage gehört dieses Reformvorhaben zu den schwierigsten Reformfeldern der neuen Landesregierung. Zur Stärkung des Wirtschaftsstandorts Nordrhein-Westfalen sind die Fortführung und die Intensivierung der Verwaltungsmodernisierung unbedingt erforderlich.

Nach den ersten Schritten zu Beginn dieses Jahrzehnts müssen aus unserer Sicht nun weitere folgen. Nordrhein-Westfalen braucht die Regierungs- und Verwaltungsreform, damit eine effiziente, transparente und bürgerorientierte Aufgabenwahrnehmung auf Dauer gewährleistet ist. Ohne Innovationen des öffentlichen Sektors ist Nordrhein-Westfalen nicht fit für die internationalen Herausforderungen.

(Vorsitz: Präsidentin Regina van Dinther)

Um den Behördendschungel zu lichten und Regulierung und Verwaltung des Landes auf mehr Leistung, Qualität und Ortsnähe auszurichten, sind mit dem Ersten Modernisierungsgesetz, bei dem es um Beschleunigung von Verwaltungsverfahren und die Stärkung der kommunalen Selbstverwaltung ging, und dem zweiten Gesetz, das die Optimierung des Verwaltungsaufbaus und der

Behördenstruktur zum Inhalt hatte, wichtige Grundlagen geschaffen worden.

Damit ist die Reform, Herr Kollege Körfges und Herr Kollege Becker – beide kann ich im Moment nicht sehen –, allerdings nicht abgeschlossen worden. Denn allzu viele weitere Bestandteile einer umfassenden ganzheitlichen Verwaltungsreform sind bislang nicht angepackt worden. Dieser Herausforderung stellt sich, wie gesagt, die neue Landesregierung.

Wir sind der Auffassung: Wir brauchen eine Verschlankung. Wir brauchen Entflechtung. Wir brauchen Transparenz und auch Ergebnisverantwortung im Verwaltungshandeln.

Am 8. November hat es zum vorliegenden Gesetzentwurf eine umfassende Anhörung gegeben. Dem aufmerksamen Zuhörer muss, Herr Kollege Körfges, doch aufgefallen sein, dass nicht der erste Schritt der Reform im Mittelpunkt der Ausführungen der Experten gestanden hat, sondern sich die Experten vor allen Dingen zu Fragen der zukünftigen Zuständigkeitsverwaltung und der Regionalverwaltungen geäußert haben.

Wir verkennen nicht, dass jede Reform Risiken birgt. Niemand bestreitet das. Insofern kann man ganz ohne Frage über die Vorgehensweise der Landesregierung bei der Verwaltungsreform unterschiedlicher Auffassung sein. Wir werden es natürlich immer mit Übergangsprozessen zu tun haben.

Die CDU-Fraktion ist im Verein mit der FDP allerdings der Auffassung, dass der vorgesehene Weg der richtige ist.

Der erste Schritt mit der Eingliederung von Sonderbehörden in die Bezirksregierungen beziehungsweise der Konzentration von Aufgaben auf einzelne Behörden ist ausdrücklich zu begrüßen. Er ist geeignet, die nordrhein-westfälische Verwaltungsstruktur substanziell zu vereinfachen.

Dies wird vor allem in vergleichender Perspektive deutlich. Demnach reagieren wir mit einer Straffung der Sonderbehörden auf jene Entwicklungen, die andere Bundesländer in den vergangenen Jahren zu erkennbaren Einschnitten in den Organisationsbestand veranlasst haben. Verweisen möchte ich auf die Entwicklungen in Baden-Württemberg, in Niedersachsen und in Mecklenburg-Vorpommern.

Natürlich birgt die zeitliche Aufteilung des Verfahrens Risiken, also im ersten heute zu beschließenden Schritt die Integration der Sonderbehörden in die allgemeine Verwaltung, deren Auflösung oder Kommunalisierung vorzunehmen und

dann die nächsten Schritte oder Stufen folgen zu lassen.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, die Erfahrungen der letzten Perioden beziehungsweise früherer Landesregierungen zeigen, dass Konzepte immer wieder diskutiert und zahlreiche Gutachten erstellt wurden. Es ist schwierig, Strukturreformen überhaupt auf den Weg zu bringen. Unsere Landesregierung hat nicht nur den theoretischen Mut, sondern wir haben vor allen Dingen auch den politischen Willen, die erforderlichen Beschlüsse zügig zu fassen und über einen mehrjährigen Zeitraum umzusetzen.

Die Anhörung hat aus meiner Sicht, Herr Becker, Herr Körfges, gezeigt, dass es viele gute Gründe dafür gibt, den genannten ersten Schritt jetzt zu vollziehen. Ich denke zum Beispiel an die Stellungnahmen aus dem baden-württembergischen Innenministerium, vom Internationalen Institut für Staats- und Europawissenschaften in Berlin oder auch von Prof. Dr. Oebbecke vom Kommunalwissenschaftlichen Institut der Uni Münster. Es gab insgesamt durchaus Zustimmung der Experten zur beabsichtigten Straffung der Behördenstruktur. Ihre Wahrnehmung war eine andere. Darüber wundere ich mich sehr.

Mit dem heute zu verabschiedenden Gesetz werden die Staatlichen Umweltämter, die Ämter für Agrarordnung, die Staatlichen Ämter für Arbeitsschutz, die Bergämter und das Staatliche Amt für Umwelt und Arbeitsschutz OWL in die fünf Bezirksregierungen eingegliedert. Zugleich werden das Landesumweltamt, das Landesamt für Ernährungswirtschaft und Jagd und die Landesanstalt für Ökologie, Bodenordnung und Forsten aufgelöst. Neu gegründet wird die Landesanstalt für Umwelt, Natur und Verbraucherschutz. Außerdem wird das Landesinstitut für Schule/Qualitätsagentur aufgelöst und werden seine Aufgaben auf das entsprechende Ministerium beziehungsweise auf Bezirksregierungen verteilt.

Zur Auflösung des Landesinstituts für Schule in Soest hat der DGB im Übrigen in der Anhörung geäußert „Hier wird eine pädagogische ‚Denkfabrik‘ in NRW zerschlagen ...“ und damit das völlige Unverständnis des DGB artikuliert.

Ich sage: Meine Wahrnehmung in den letzten Jahren war eine andere. Viele im Land Nordrhein-Westfalen haben das Landesinstitut auch als eine ideologische Kaderschmiede bezeichnet. Deswegen begrüßen wir es – es ist eine alte Forderung der CDU – ausdrücklich, dass diese Aufgaben, zum Beispiel die Entwicklung von Standards zur

Qualitätsentwicklung von Schulen, im Schulministerium erfüllt werden.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, die Vertreter des Bundes für Umwelt und Naturschutz kritisierten, dass Fachbelange durch Eingliederung von Sonder- in Bündelungsbehörden leiden könnten. Dem ist aus unserer Sicht entgegenzuhalten: Fachverwaltungen als Sonderbehörden sind zu teuer. Auch ist nicht zu begründen, warum die fachliche Qualität der Fachverwaltungen durch deren Eingliederung leiden muss. Zukünftig sind Fachverwaltungen Teil der Behörde, die alle Fachbelange zum Beispiel im Rahmen einer Genehmigungsentscheidung abwägen muss.

Präsidentin Regina van Dinter: Herr Kruse, erlauben Sie eine Zwischenfrage von Frau Löhrmann?

Theo Kruse (CDU): Einverstanden, allerdings nur, wenn das nicht auf meine Redezeit angerechnet wird.

Präsidentin Regina van Dinter: Selbstverständlich. – Bitte, Frau Löhrmann.

Sylvia Löhrmann (GRÜNE): Herr Kruse, herzlichen Dank. Ich muss etwas zurückspringen, weil es etwas gedauert hat, bis mir das Wort erteilt worden ist. – Hätten Sie die Güte, dem Hohen Haus mitzuteilen, an welchen konkreten Handlungen Sie den Vorwurf festmachen, den Sie eben erhoben haben, dass es sich beim Landesinstitut um eine ideologische Kaderschmiede handelt?

Theo Kruse (CDU): Es würde in der Tat, Frau Kollegin Löhrmann, viel zu lange dauern und den Abend füllen, die Beispiele anzuführen, die mir von Kollegen, aber auch von Verbänden aus dem Schulbereich zugetragen worden sind, was im Landesinstitut in Soest wirklich in all den letzten Jahren und Jahrzehnten gelaufen ist.

(Sylvia Löhrmann [GRÜNE]: Ein konkretes Beispiel!)

Wir können gerne im Nachgang die Dinge klären. Denn meine Redezeit ist sehr begrenzt.

Unsere Wahrnehmung ist eine andere. Der DGB, die Gewerkschaften sagen,

(Sylvia Löhrmann [GRÜNE]: Ein konkretes Beispiel!)

es ist eine pädagogische Denkfabrik. Meine Einschätzung war: Es ist eher eine ideologische Kaderschmiede, die mit dazu beigetragen hat,

(Sylvia Löhrmann [GRÜNE]: Ein Beispiel!)

dass die Ergebnisse der Bildungspolitik in Nordrhein-Westfalen desolat waren.

(Beifall von der CDU)

Meine sehr verehrten Damen und Herren, es ist festzustellen, dass die Strukturreformen beziehungsweise die damit verbundenen Veränderungen

(Sylvia Löhrmann [GRÜNE]: Der Chefideologe sind Sie!)

natürlich bei einer Vielzahl von Bediensteten – und nicht nur bei Personalräten oder bei Personalvertretungen – eine außerordentlich starke persönliche und auch emotionale Betroffenheit auslösen, die wir nicht unterschätzen. Ich bin sehr froh darüber, dass der Innenminister zugesagt hat, dass alle personalwirtschaftlichen Maßnahmen strikt auf Freiwilligkeit und natürlich auf Eignung, Leistung und Befähigung ausgerichtet sind und natürlich eine sozialverträgliche Vorgehensweise angestrebt wird.

Verehrte Kollegen von Bündnis 90/Die Grünen und von der SPD: Ich bitte Sie, doch einmal die Frage zu beantworten, warum Sie im Jahr 2000 den Ausschuss für Verwaltungsstrukturreform sozusagen ersatzlos gestrichen haben. Sie haben damals bei der Aufgabe resigniert. Sie hatten nicht den politischen Willen und die Durchsetzungskraft. Wir stellen uns dieser Herausforderung und der Verantwortung. Natürlich bitten wir deswegen um Zustimmung zum Gesetzentwurf. – Vielen Dank.

(Beifall von CDU und FDP)

Präsidentin Regina van Dinter: Danke schön, Herr Kruse. – Für die FDP spricht nun Herr Engel.

(Zuruf von der CDU: Du brauchst dich dem nur anschließen! Das reicht!)

Horst Engel (FDP): Frau Präsidentin! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Ich freue mich wirklich, heute mit Ihnen in zweiter Lesung einen Gesetzentwurf zu debattieren, der einen Meilenstein im laufenden Verwaltungsstrukturprozess darstellt. Mit der Eingliederung von 34 Sonderbehörden wie zum Beispiel der Staatlichen Ämter für Arbeitsschutz in die allgemeine Verwaltung – also den Bezirksregierungen – zum 1. Januar 2007 verdeutlichen wir, dass das Thema für uns sehr bedeutsam ist und Priorität genießt. Wir nehmen mit dem vorliegenden Gesetzentwurf Fahrt in der Reformdynamik auf.

Meine Damen und Herren, Sie wissen, dass wir im bisherigen Trott nicht weitermachen konnten. Das haben wir im vorherigen Tagesordnungspunkt deutlich begründet. Das bisherige Behördendickicht ist für die Kunden – Wirtschaft und Bürger – undurchsichtig. Dadurch ist der Standort Nordrhein-Westfalen gerade für die Wirtschaft unattraktiv. Andere Bundesländer wie Baden-Württemberg sind in dieser Hinsicht schon erheblich weiter und haben die Behördenstruktur deutlich gestrafft.

Wir holen jetzt auf. Das bedeutet, dass wir einen großen Fortschritt in Richtung kundenfreundlicher Dienstleistungseinrichtung unternehmen. Das ist aus meiner Sicht sehr erfreulich. Wir schaffen mit dem vorliegenden Gesetzentwurf eine modern aufgestellte Verwaltung, bei der es zu einem Dienstleistungsangebot aus einer Hand kommt. Das heißt, dass zum Beispiel die Genehmigungszeiten erheblich verkürzt werden.

Wir können nicht im Stillstand verharren. Das verbietet uns insbesondere die angespannte Finanzlage; das hatten wir vorhin schon gesagt. Konsolidierung der Finanzen ist dauerhaft nicht nur durch Kürzung mit der Rasenmähermethode zu erreichen. Um die Landesfinanzen nachhaltig zu sanieren, müssen auch Strukturen verändert werden. Das geschieht durch den vorliegenden Gesetzentwurf. Wir rücken von der Allverantwortlichkeit und Allzuständigkeit ab und beschränken uns nur noch auf die Kernaufgaben. Damit machen wir unseren Staat nicht nur übersichtlicher, sondern wir stärken ihn auch.

Lassen Sie mich in diesem Zusammenhang auch ein Wort zu den unbequemen Folgen verlieren. Dabei möchte ich nichts schön malen, aber auch nicht schwarz malen. Der größte Ausgabenblock im Landeshaushalt ist der Personalhaushalt. In diesem Jahr werden wir 18,85 Milliarden € und im kommenden Jahr voraussichtlich 19,1 Milliarden € für unser Landespersonal auszugeben haben. Anders gesagt: In diesem Jahr haben wir eine Personalausgabenquote von 38,9 %. Im kommenden Jahr hoffen wir auf eine Personalausgabenquote von 38,6 %. Das heißt, wir verringern konstant die Personalsteuerquote in Höhe von 53,5 % in diesem Jahr auf 51,1 % im kommenden Jahr.

Es ist mir klar, dass das Augenmerk bereits unter rot-grüner Verantwortung auf die hohen Personalausgaben gerichtet worden ist. Stichworte wie Erstes und Zweites Modernisierungsgesetz liegen uns noch in den Ohren. Aber all die Maßnahmen, die sicherlich auch notwendig waren, haben nicht ausgereicht. Wir haben im Jahr 2005 eine Perso-

nalsteuerquote von fast 60 % gehabt. Deshalb ziehen wir jetzt weiter an dem Strang der Ausgabenminimierung.

Ich möchte an dieser Stelle ausdrücklich betonen, dass wir uns im Zuge der Verwaltungsstrukturreform dafür ausgesprochen haben, keine betriebsbedingten Kündigungen vorzunehmen. In der freien Wirtschaft ist das so, wenn man feststellt, dass man zu viel Personal an Bord hat. Ich hatte gestern ein Gespräch mit Vertretern des Landesbetriebs Straßenbau. Dort sagte man mir: Wir haben eine Kosten- und Leistungsrechnung und sind völlig transparent. Wenn wir erkennen, dass wir zu viel Personal an Bord haben, greifen wir ein. Dann wird das verändert. – In anderen Teilen der Verwaltung sind wir aber noch nicht so weit.

Wir wollen die Bediensteten unter sozialen Gesichtspunkten in die neue Behördenstruktur mitnehmen. Zunächst werden wir auch die bisherigen Standorte weitestgehend nicht infrage stellen. Das heißt, Ängste, die willkürlich geschürt werden, sind unnötig und völlig überflüssig. Ich rate dazu – das richte ich gerade an die Adresse der Oppositionsfractionen –, sehr seriös zu argumentieren. Es werden Dinge kolportiert, die uns insgesamt nicht weiterhelfen.

Ich höre zum Beispiel, dass zum Stichwort Personalentwicklungsmanagement bei der Polizei gezielt gestreut wird, es gebe PEM für die Polizei. Wer das ernsthaft tut, für dessen Handeln ist Unseriosität noch schmeichelhaft formuliert.

Ich fasse abschließend noch einmal zusammen: Mit dem vorliegenden Ausführungsgesetz zur Eingliederung der Sonderbehörden, der Auflösung des Landesinstituts für Schule/Qualitätsagentur und der Überführung weniger Aufgabenbereiche in die Landesanstalt für Natur, Umwelt und Verbraucherschutz kommen wir unserer selbst auferlegten Verpflichtung im Koalitionsvertrag zügig nach. Wir bringen 34 Sonderbehörden unter das Dach der Bezirksregierung. Damit kommen wir mit diesem großen Zwischenschritt – man könnte auch sagen: Zwischenparken – unserem Ziel der Neuordnung der Mittelinstanz in der kommenden Legislaturperiode ein großes Stück näher. – Ich danke Ihnen für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall von FDP und CDU)

Präsidentin Regina van Dinter: Danke schön, Herr Engel. – Für die SPD-Fraktion spricht nun Herr Jäger.

Ralf Jäger (SPD): Frau Präsidentin! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Herr Engel, Herr

Lux, Herr Kruse, wir freuen uns, dass Sie endlich in diese Debatte einsteigen, dass Sie Ihre Sprachfähigkeit nach tiefem Schweigen während der Anhörung wiedererlangt haben, dass wir jetzt mit Ihnen in einen inhaltlichen Dialog eintreten können. Das war ja bisher zumindest strukturell von Ihrer Seite nicht möglich. Dass Sie diese Sprachfähigkeit zurückerlangt haben, war nach der Eindeutigkeit des Ausgangs der Anhörung nicht zu erwarten. Ihre Sprachlosigkeit ist in gewisser Weise nachvollziehbar, wenn man so Großes geschafft hat, wie Sie als Regierungsfaktionen hier verkündigen: 26 Sachverständige sind einer Meinung – ich glaube, 26 Sachverständige können sich nicht irren – in der Ablehnung des Ziels Ihrer Strukturreform.

(Theo Kruse [CDU]: Das ist eindeutig falsch!)

Der Dreiklang, den Sie angehen, erstens Auflösung von Behörden, zweitens Eingliederung in die Regierungspräsidien und anschließend Aufgabenkritik und drittens Kommunalisierung, Privatisierung oder Eingliederung in die Regionalpräsidien, hat keiner der anwesenden Fachleute nachvollziehen, geschweige denn verstehen können.

Meine Damen und Herren, Tatsache ist sogar, dass Sie in dieser Anhörung einen Spagat geschafft haben, der nur wenigen zuvor gelungen ist, nämlich Ökonomie und Ökologie auf wahrhaft effektive Weise in einem Höchstmaß miteinander zu verbinden. Sowohl BUND als auch BDI haben im Gleichklang die Ziele Ihrer Strukturreform kritisiert. Das ist bisher nur sehr wenigen gelungen.

Sie haben es auch geschafft, die Wissenschaft zu absolut eindeutigen Stellungnahmen zu bewegen. Der übliche Spruch „Zwei Wissenschaftler, drei Meinungen“ galt in dieser Anhörung ausdrücklich nicht. So weist Herr Prof. Hesse auf das Defizit der gegenwärtigen Orientierung hin, ...

(Rainer Lux [CDU]: Der war doch gar nicht da!)

– Ich war nicht da, Herr Lux? Natürlich war ich da! –

(Theo Kruse [CDU]: Der Professor war nicht da!)

... weil Sie eine – ich zitiere wörtlich, Herr Lux – „ohnehin komplexe Umbruchsituation mit der Unsicherheit weiterer Strukturmaßnahmen belasten und dabei mit den Regionalpräsidien ein Modell wählen“ – Herr Lux, hören Sie gut zu –, „dem grundsätzliche, organisatorische, funktionale und staatspolitische Bedenken entgegenstehen“.

Noch eindeutiger wird Prof. Bogumil, der dieses Ziel ebenfalls ablehnt und fordert, die Bezirksregierungen Nordrhein-Westfalens zu erhalten und den gemeinsamen Überlegungen der fünf Regierungspräsidenten zu folgen, auch vor dem Hintergrund, dass alleine im Regierungsbezirk Düsseldorf mehr Einwohner leben als in manch einem Staat in Europa.

Dramatisch sind sämtliche Stellungnahmen von Fachverbänden und Arbeitnehmerorganisationen. Gewerkschaften, Beamtenbund und Personalräte sind in ihrer Kritik eindeutig. Dabei werden die fehlende Aufgabenkritik und der Umgang mit Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern gerügt, die dem Spruch folgen: „Der Herr befiehlt, der Knecht hat zu folgen“.

All das ficht Sie allerdings nicht an. Stattdessen macht das böse Zitat die Runde: „Man dürfe eben nicht die Frösche fragen, wenn man den Sumpf trockenlegen will“. Wem sonst als Ihrem Staatssekretär Palmer wird dieses Zitat in den Mund gelegt.

Statt einer eindeutigen Distanzierung legen Sie Eckpunkte zum LPVG vor. Dabei kann der Verdacht aufkommen, dass Sie berechtigte Kritik schon als Anmaßung empfinden. Auch hier gibt es kein Signal, auf berechtigte Zweifel auch nur im Ansatz einzugehen.

Maßstab für Entscheidungen im Bereich der Verwaltungen sollten Bürgernähe, Qualität und Effektivität sowie die Wirtschaftlichkeit sein. Alle Entscheidungen bezüglich der zukünftigen Verwaltungsstruktur bedürfen einer ergebnisoffenen Aufgabenkritik. Hier ist die Einlassung des Innenministers zum Tagesordnungspunkt zuvor spannend gewesen, der gesagt hat: Wir machen etwas ganz Neues. Wir machen Strukturreform und Aufgabenkritik parallel. – Herr Innenminister, das ist wie Plätzchen backen und hinterher entscheiden, ob mit Margarine oder Butter.

Meine Damen und Herren, gegen Kritik sind Sie offensichtlich immun. Wenn Sie das Ergebnis der Anhörung ignorieren, dann zeigen Sie einmal mehr, wie beratungsresistent diese Landesregierung tatsächlich ist. Hier wird Autismus zum Regierungsprinzip gemacht.

Wer etwas ändern will, ist in der Beweispflicht für die Sinnhaftigkeit seiner Vorschläge. Diesen Nachweis erbringen Sie jedoch, Herr Innenminister, nicht einmal im Ansatz. Stattdessen zeigen Sie sich unbeirrbar und, um genau zu sein, unbelehrbar. Arroganz als Ersatz für ergebnisorientierte Politik wird nicht unsere Zustimmung finden,

Herr Lux und Herr Schittges. – Vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall von der SPD)

Präsidentin Regina van Dinther: Danke schön, Herr Jäger. – Für die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen spricht nun Herr Becker.

Horst Becker (GRÜNE): Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Die vorausgegangene Debatte hat es schon gezeigt: Sie werden heute Ihre unausgereiften und ideologisch geleiteten Pläne unbeeindruckt von inhaltlichen Erwägungen jedweder Sachverständiger weiter verfolgen. Das ist aus vielen Gründen unverantwortlich.

Erstens. Sie handeln ohne erkennbaren Nutzen gegen die Beschäftigten des Landes, statt mit ihnen eine Verwaltungsmodernisierung zu gestalten. Meine Damen und Herren, die Beschäftigten der jetzt aufgelösten Sonderbehörden befürchten zu Recht, dass sie die ersten sein werden, die in die gestern bekanntgegebene neue Sonderbehörde überführt werden, das sogenannte PEM.

Bis 2010 sollen 12.000 Beschäftigte, kw-gestellte Stellen, in der Landesverwaltung dort zugeordnet werden. Diese werden dann in das gestern im Kabinett beschlossene Landesamt für PEM verlagert und können auf Abruf anderen Beschäftigungen, anderen Dienststellen zugeordnet und sogar nach außen verliehen werden. Nach den bisher bekannt gewordenen Plänen kann es, gestaffelt nach Sozialkriterien, im Grundsatz jeden treffen, aber vor allem werden die jungen und qualifizierten Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter, die Beschäftigten, davon betroffen sein.

Meine Damen und Herren, was bedeutet das für die Beschäftigten in den jetzt aufgelösten Sonderbehörden und ihre Familien? Was bedeutet das für die beruflichen Perspektiven der Nachwuchskräfte? Was bedeutet das für eine kompetente Aufgabenerledigung im Bereich des Umweltschutzes und im Bereich des Arbeitsschutzes? Wozu diese massive Verunsicherung, diese Beschädigung der Arbeitsfähigkeit und der Handlungsfähigkeit unserer Landesverwaltung?

Zweitens. Sie untergraben die Handlungsfähigkeit der Landesverwaltung. Die überstürzte Auflösung der Sonderbehörden wird dazu führen, dass deren Aufgaben für einen längeren Zeitraum nicht sachgerecht und verlässlich ausgeführt werden. Sie werden geraume Zeit brauchen, die Integration dieser Dienststellen in die Bezirksregierungen zu vollziehen, wohl wissend, dass diese in relativ

kurzer Zeit bereits wieder dort entnommen und die Bezirksregierungen aufgelöst werden sollen.

Drittens. Es gibt viele Einwände gegen die Kommunalisierung der Kontroll- und Überwachungsaufgaben im Bereich des Umwelt- und im Bereich des Arbeitsschutzes. Die Landesregierung hat selber unter dem Einfluss der Gammelfleischdebatte mit der Einrichtung der LANUV – nach dem letzten Stand die Landesanstalt für Natur, Umwelt und Verbraucherschutz – das ansonsten verfolgte Konzept der Kommunalisierung verlassen.

(Beifall von den GRÜNEN)

Diesen Schritt begrüßen wir, denn wir sind für eine starke, fachlich ausgewiesene, handlungsfähige Landesverwaltung in Sachen Umwelt und Verbraucherschutz. Mit der auf den letzten Drücker erfolgten Änderung des Gesetzes haben Sie sich auf den richtigen Weg begeben, den Sie nach unserer Auffassung konsequent weitergehen und unseren Vorschlägen dazu folgen sollten.

Meine Damen und Herren, so unterschiedlich ausgerichtete Interessenverbände wie die Umweltverbände und der Verband der chemischen Industrie bescheinigen den derzeit zuständigen Umweltbehörden im Bereich des Immissionsschutzrechts und der Genehmigungen – ich zitiere – eine international wettbewerbsfähige Kompetenz und effiziente Bearbeitung. Diese Sachverständigen befürchten durch die geplante Kommunalisierung der Aufgaben einen deutlichen Qualitätsverlust und vor allen Dingen Einbrüche bei Dauer und Qualität der Verfahrensabläufe, die sich dann wiederum nachteilig auf die Unternehmen und die Umwelt auswirken. Eine eindeutige Warnung davor, die immissionsschutzrechtlichen Verfahren zu kommunalisieren, und ein deutlicheres Plädoyer gegen das, was Sie unternehmen wollen, kann man sich kaum vorstellen.

Meine Damen und Herren, ähnlich ideologisch gehen Sie beim Landesinstitut für Weiterbildung vor; das ist eben bei der Antwort auf die Frage meiner Kollegin Löhrmann deutlich geworden. Das ist ein bundesweit anerkanntes Institut mit bundesweit anerkannter Arbeit. Sie sind aber offensichtlich immer noch der Auffassung, dass sich dahinter etwas – aus Ihrer Sicht – Ideologisches verbirgt. In Wahrheit sind Sie die Ideologen, weil Sie nicht mehr auf die Sache schauen.

(Beifall von den GRÜNEN – Sylvia Löhrmann [GRÜNE]: Genau!)

Meine Damen und Herren, zur Arbeitsschutzverwaltung: Die kommunalen Spitzenverbände lehnen die Übernahme der Arbeitsschutzverwaltung

ab, weil Sie sich dazu nicht kompetent fühlen und noch neue Kompetenzen aufbauen müssten. Die Fachverbände bemängeln die überstürzte und inhaltlich nicht gestützte Zerschlagung der Arbeitsschutzämter. Diese haben im Laufe der Jahre ebenfalls eine sehr effektive und fundierte Zusammenarbeit mit den Unternehmen und den Berufsgenossenschaften aufgebaut. Wie Sie in Zukunft vor dem Hintergrund EU-rechtlicher Rahmenvorgaben insgesamt eine effektive nationale Arbeitsschutzstrategie entwickeln wollen, bleibt Ihr Geheimnis.

Viertens. Sie handeln ohne Wissen um die Kosten und Folgekosten. Die Frage der Konnexität und der finanziellen Folgen einer Kommunalisierung von staatlichen Aufgaben ist in diesem Fall weiterhin völlig ungeklärt. In vielen Fällen ist eine Kostensteigerung zu erwarten, will man nicht massiv in Qualitätsstandards eingreifen.

Meine Damen und Herren, Sie wissen es – wir haben es Ihnen verschiedentlich vorgehalten –: Die Debatte in Baden-Württemberg zeigt deutlich, dass noch ein sehr steiniger Weg vor Ihnen und den Verhandlungsparteien liegt, nämlich den kommunalen Spitzenverbänden, den Kommunen und dem Land. Wenn dort von einer Effizienzrendite von 20 % und hier von 10 bis 20 % geredet wird, die das Land bei der Übertragung realisieren will, wissen wir genau, was zu befürchten ist. Und viele Kommunen und die kommunalen Spitzenverbände wissen das auch.

Ich kann nur genau wie der Städte- und Gemeindebund die kommunale Seite davor warnen, Aufgaben zu übernehmen, wenn die Folgekosten nicht aufgefangen werden. Sie werden sich der anschließenden Kritik der Bürgerinnen und Bürger sowie der Bürgermeister und Bürgermeisterinnen an einer mangelhaften Aufgabenerledigung zu Recht stellen müssen, wenn Sie das so durchführen, wie Sie es im Moment vorhaben.

Meine Damen und Herren, alles in allem sind Sie wieder einmal im Begriff, vermeintliche Handlungsfähigkeit zu demonstrieren und aus ideologischen Gründen einen Vorgang zu gestalten, um damit einen unverantwortlichen Schritt zu tun. Sie verabschieden ein unausgereiftes Gesetz,

(Beifall von den GRÜNEN)

das viele Risiken für eine fachgerechte Aufgabenerledigung des Landes in sich birgt, viele Fragen offenlässt und zudem die Beschäftigten komplett in eine große Unsicherheit setzt – und das ohne Not. Wer das tut, will keine Reform, sondern seine Ideologie durchsetzen, und das muss ich Ihnen heute vorwerfen.

(Beifall von GRÜNEN und SPD)

Präsidentin Regina van Dinter: Danke schön, Herr Becker. – Für die Landesregierung spricht nun Herr Innenminister Dr. Wolf.

Dr. Ingo Wolf, Innenminister: Frau Präsidentin! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Der heutige Tag ist ein guter Tag für den Bürokratieabbau in Nordrhein-Westfalen. Es ist die größte Bereinigung und Verschlinkung der staatlichen Behördenstruktur seit 60 Jahren. Damit ist ein erster maßgeblicher Schritt in einer grundlegenden Verwaltungsstrukturreform gemacht worden, und das ist gut und richtig so. Der notwendige und komplexe Veränderungsprozess ist endlich in Gang gesetzt worden. Dass das die Opposition nicht erfreut, kann man sich vorstellen, denn dadurch wird auch deutlich, was in den vergangenen Jahren versäumt worden ist.

Von den Kollegen ist vorgetragen worden, welche sachlichen Veränderungen jetzt vorgenommen werden; das möchte ich nicht noch einmal wiederholen. Ich möchte deutlich machen, dass wir mit der Reduktion von 37 selbstständigen Organisationseinheiten einen Großteil der insgesamt 90 aufzulösenden Organisationseinheiten jetzt schon per Kabinettsbeschluss oder auf dem gesetzlichen Wege erreicht haben. Das ist eine durchaus beachtliche Leistung. Darauf können wir stolz sein, auch wenn Sie von der Opposition das nicht wahrhaben wollen. Das ist mit Blick auf die von Herrn Engel genannten 1.000 Organisationseinheiten ein ganz beachtlicher Prozentsatz.

Ich habe schon beim vorhergehenden Tagesordnungspunkt gesagt, dass wir sozusagen zweigleisig arbeiten: Wir gehen die Organisationsstruktur reformen an und parallel dazu die Aufgabenkritik. Das ist der grundlegende Unterschied zu dem Diskussionsverhalten früherer Jahre, bei dem am Ende nichts herausgekommen ist. Dass diese Parallelität besondere Anforderungen stellt, ist gar keine Frage. Der werden wir aber gerecht, indem wir in Arbeitsgruppen kommunizieren, in denen sowohl die Betroffenen, was die Fachschiene angeht, als auch die Betroffenen, was die Kolleginnen und Kollegen angeht, eingebunden sind. Von daher ist das ein offener Prozess.

(Hans-Willi Körfges [SPD]: Das ist ein offener Protest!)

Sie, meine Damen und Herren von der Opposition, wollen überhaupt keine Veränderung. Das können Sie offen sagen, und dann ist es auch gut so.

Wir haben sehr deutlich gemacht, dass wir beispielsweise bei der Frage der Betroffenheit eine Übergangsregelung für diejenigen wollen, die durch eine solche Umstrukturierung möglicherweise von einem Mandatsverlust betroffen wären. Hier haben wir eine konkrete Vorschrift eingebracht, sodass das am Ende nicht passiert.

Von den Vorrednern der Opposition ist einiges an abstrakter Lyrik vorgetragen worden, was Reformen leisten müssen.

Ich will gerne das aufgreifen, was Sie in unsere Richtung kritisch gesagt haben. Genau das, was Sie einfordern, wollen wir und werden wir erreichen, weil wir die Verwaltung einfacher und überschaubarer machen, weil wir einen Sachverhalt dann nur noch einer Behörde zuweisen, weil unterschiedliche Belange unter einem Dach abgestimmt werden und damit das Prinzip der Verantwortlichkeit einer Person respektive einer Behörde gegeben ist.

Die Verwaltung der Verwaltung wird reduziert. Herr Lux hat es bereits vorgetragen: Wir werden 50 % des Querschnittspersonals abbauen können. Jede bisherige Sonderverwaltung hatte eine eigene Leitungsspitze, hatte Orga- und Personalbereiche. Alles das kann zusammengeführt werden. Die Verwaltung wird damit nicht nur effektiver, sondern sie wird auch wirtschaftlicher. Und das ist absolut richtig.

Wir haben zu allen Zeiten gesagt, dass es uns bei dieser Reform um Sozialverträglichkeit geht. Sämtliche Horrorszenarien, die Sie schüren, sind doch alle nicht wahr. Es geht darum, dass wir im Rahmen einer vernünftigen Abstimmung schauen, wo in den nächsten Monaten die Aufgaben am Ende verbleiben. Diese Aufgaben wird man mit entsprechenden Personen verbinden und sehen, wo sie am Ende landen. Diese Frage werden wir in Verhandlungen zum Beispiel mit den kommunalen Spitzenverbänden lösen. Dass die kommunalen Spitzenverbände wissen wollen, welche Aufgaben mit welchem Personal zu welchen Konditionen übergehen, ist doch völlig normal. An diesem Thema arbeiten wir seit Wochen und Monaten und werden diese Arbeiten in den nächsten Wochen und Monaten fortsetzen, bis es zu einer vernünftigen Einigung kommt.

In der Zwischenzeit wird niemand, der nicht schon endgültig irgendwo eine Aufgabenzuweisung bekommen kann, einfach einmal spaßeshalber seinen Arbeitsplatz wechseln müssen, sondern das wird so geregelt werden, dass wir erst dann Umsetzungen vornehmen, wenn wir eine dauerhafte

neue Beschäftigung für die Kolleginnen und Kollegen vor Ort haben.

Präsidentin Regina van Dinter: Herr Innenminister, erlauben Sie eine Zwischenfrage von Herrn Becker?

Dr. Ingo Wolf, Innenminister: Ja.

Präsidentin Regina van Dinter: Herr Becker, bitte.

Horst Becker (GRÜNE): Danke, Frau Präsidentin! Danke, Herr Minister! – Ich habe eben mit Erstaunen zur Kenntnis genommen, dass Sie gesagt haben, Sie wollten die Verwaltung der Verwaltung reduzieren. Ist Ihnen – und wie kommentieren Sie es gegebenenfalls – bekannt, dass das Kabinett gestern im Zusammenhang mit PEM eine Struktur beschlossen hat, die letztlich vorsieht, allein 120 Stellen zur Verwaltung von 12.000 dorthin abgeordneten Stellen zu installieren?

Dr. Ingo Wolf, Innenminister: Zum einen ist das im Moment überhaupt nicht Thema des Tagesordnungspunktes. Das stelle ich vorab fest. Wir werden zum anderen die Selbstverwaltung betreibenden Verwaltungsteile durch kw-Stellen entsprechend namhaft machen. Dann gilt es – dafür ist am Ende ein Personalmanagement vorgesehen –, diese Stellen an eine andere Landesverwaltung anzudocken, dort, wo sozusagen Handlungsbedarf und Stellenbedarf besteht. Insofern sind meine Aussage und das, was wir hier diskutieren, absolut richtig. Dass wir im Übrigen auch ein solches PEM managen müssen, steht sicherlich außer Zweifel.

Was die Frage des Personals anbetrifft, möchte ich das verdeutlichen, was der Kollege Engel – ich glaube, er war es – vorhin gesagt hat: Ihre Absichten in den früheren Papieren, die Sie erstellt haben, um die alte Koalition zusammenzuhalten, sehen einen Personalabbau von 15 bis 20 % vor. Bei allem, was Sie jetzt beklagen, wobei wir mit klarem Verstand, absoluter Entschlossenheit und Gelassenheit in diese Reform gehen, war von Ihnen völlig ohne irgendeine Untermauerung mit einer Zahl belegt, die sehr viel größere und sehr viel mehr Probleme ausgelöst hätte als das, was wir gerade tun. Das zeigt doch die ganze Heuchelei in diesem Verfahren, meine Damen und Herren.

(Beifall von CDU und FDP)

Wir wollen eine Organisationsstrukturreform, die ein vernünftiges Ende nimmt. Dazu brauchen wir

Parallelität im Verfahren. Wir werden die Kommunalisierung, so weit es geht, vorantreiben.

Es ist völlig klar – und ich habe es eben schon gesagt –: Das bedarf einer sorgfältigen Vorbereitung. Dass am Ende die Zusammenführung von Aufgaben an anderer Stelle es auch günstiger machen muss – das kann man mit einem Fremdwort auch „Effizienzrendite“ nennen –, ist doch völlig außer Zweifel. Wir machen diese Reform deswegen, weil wir es effektiver und effizienter haben wollen. Am Ende muss natürlich auch etwas dabei herauspringen.

Die Botschaft ist völlig klar: Wir schüren keine Ängste. Es gibt keine betriebsbedingten Kündigungen. Wir sind nicht bei den Diskussionen, die wir in der freien Wirtschaft erleben, wo Menschen im Sinne von Existenzverlust ständig um ihren Arbeitsplatz bangen müssen. Hier geht es überhaupt nicht um eine derartige Frage, sondern es geht darum, ob Kolleginnen und Kollegen an anderer Stelle eingesetzt werden können und müssen, um das Land nach vorne zu bringen.

Wichtig ist, dass wir kein Schneckentempo à la Rot-Grün betreiben, sondern ein Expresstempo à la CDU/FDP. Wir wollen, dass dieses Land nach vorne kommt und es an dieser Stelle vorangeht. Ich möchte gerade an einem solchen Tag auch einmal Dank sagen. Ich möchte Dank sagen an die beteiligten Ressorts, die bei dieser Verwaltungsstrukturreform sehr produktiv und konsensual mitgewirkt haben. Das betrifft sicherlich in allererster Linie auch meinen Kollegen Uhlenberg, aber auch die anderen Damen und Herren.

(Beifall von CDU und FDP)

Ich möchte auch die Steuerungsgruppe in meinem Hause unter Herrn Parlamentarischen Staatssekretär Palmen nicht vergessen.

(Beifall von CDU und FDP)

Der Vorgang hat gezeigt, dass sich diese Verwaltung in der Landesregierung auch ein Stück als Einheit fühlt, dass wir am Ganzen orientiert sind und insofern die Maßnahmen ergreifen, die ergriffen werden müssen, aber mit der nötigen Sensibilität und Entschlossenheit, damit dieses Land nach vorne kommt. – Herzlichen Dank.

(Beifall von CDU und FDP)

Präsidentin Regina van Dintther: Danke schön, Herr Innenminister. – Es spricht Frau Schulze für die SPD.

Svenja Schulze (SPD): Meine Damen und Herren! Ich möchte mich zu Beginn erst einmal bedanken, und zwar bei den Rednerinnen und Rednern der CDU- und der FDP-Fraktion.

(Beifall von CDU und FDP)

Es war wirklich schön, dass Sie auch einmal zu dem Gesetz reden. Ein wirklicher Fortschritt wäre es aber, wenn Sie ein paar Argumente brächten.

(Beifall von SPD und GRÜNEN)

Sie wissen, dass wir gerade in der Umweltverwaltung in den letzten Jahren eine ganze Menge neuer Aufgaben dazubekommen haben. Es hat sowohl qualitativ eine ganze Menge neuer Aufgaben gegeben, aber auch vom Umfang her. Unter der sozialdemokratisch geführten Regierung ist es uns gelungen, diese ganzen Aufgaben in die Verwaltung zu integrieren. Dabei ist es uns in den letzten zehn Jahren auch noch gelungen, 16 % des Personals abzubauen.

Wir haben in der Umweltverwaltung trotzdem einen sehr hohen Standard gehalten. Darüber waren sich in der Anhörung übrigens alle Experten einig. Man hat manchmal den Eindruck, dass wir an zwei verschiedenen Anhörungen teilgenommen haben. Aber alle Experten, vom BDI bis zu den Naturschutzverbänden, waren sich einig, dass die Umweltverwaltung einen hohen Standard hat.

Auch hier kann man die Landesregierung ruhig einmal loben: Sie hat es geschafft, solch divergierende Interessen wie die des BUND und die des BDI endlich zusammenzuführen. Beide waren sich einig, dass diese Reform zu weitreichenden Qualitätsverlusten führt.

Damit Sie das im Protokoll wiederfinden, möchte ich gerne daraus zitieren. Ich zitiere aus dem Beitrag von Andreas Schendel, dem Vertreter des BDI. Der dürfte Ihnen näher stehen. Auf Seite 70 des Protokolls steht – ich zitiere mit Genehmigung der Präsidentin –:

„Wir haben Sorgen, die wir deutlich zum Ausdruck gebracht haben. Vor allem betreffen diese den nötigen Fachverstand auf der kommunalen Ebene. Es geht darum, ob sichergestellt werden kann, dass die Dinge in einer vernünftigen Weise laufen. Darüber sollten Sie weiterhin ernsthaft nachdenken. Das ist unsere Anregung, die wir dazu geben möchten.“

Das sagt der Vertreter des BDI zu Ihrer Vorstellung von Kommunalisierung. Ich finde, das sollten Sie ruhig ein bisschen ernster nehmen.

(Zuruf von der CDU: Sie haben das Protokoll nicht gelesen!)

Nun hat Herr Minister Wolf gesagt, Sie würden im Expresstempo vorangehen. Das stimmt. Sie laufen sehr, sehr schnell. Mich erinnert das Ganze aber eher an eine Echternacher Springprozession: zwei Schritte vor, einer wieder zurück.

(Beifall von der SPD)

Meine Damen und Herren, es nutzt nichts, wenn man das schnell macht. Dadurch wird es nicht besser.

Ich habe es schon einmal gesagt, möchte es hier aber wiederholen: Das, was Sie im Moment tun, hat am besten Lewis Carroll in „Alice im Wunderland“ beschrieben. Alice fragt da nämlich: Würdest du mir bitte sagen, wie ich von hier aus weitergehen soll? – Darauf sagt die Katze: Das hängt ganz davon ab, wohin du möchtest. – Das ist das zentrale Problem dieses Gesetzentwurfs: Wohin möchte diese Regierung damit?

Hier werden im ersten Schritt Sonderbehörden in die Mittelinstanzen integriert. Gleichzeitig wird gesagt, das alles sei nur vorläufig, im weiteren Verlauf werde kommunalisiert und privatisiert. Man läuft jetzt schon einmal los, ohne dass man weiß, wohin es am Ende geht. Das ist vielleicht mit der Chaostheorie zu erklären. Es erklärt aber nicht, wie diese Verwaltungsreform dann wirklich laufen soll.

Was Sie den Beschäftigten damit antun, kann man nachvollziehen, wenn man sich einmal all die E-Mails anschaut, die wir bekommen haben. Sie sagen den Beschäftigten: Setzt euch schon einmal auf gepackte Koffer. Macht euch vielleicht von Bonn oder Köln schon einmal auf den Weg nach Recklinghausen. Wie es weitergeht, sagen wir euch in fünf oder zehn Jahren. Bis dahin könnt ihr zusehen, dass ihr gute Arbeit leistet.

So kann man mit Beschäftigten nicht umgehen. Nicht nur das, was Sie jetzt machen, sondern auch die Änderung des Personalvertretungsgesetzes zeigen, dass Sie Ihren eigenen Leuten gegenüber ein tiefes Misstrauen haben.

(Beifall von der SPD)

So kann man es aber nicht schaffen, ein hohes Niveau in der Umweltverwaltung zu halten. So schafft man keine motivierten Beschäftigten, und

so geht man mit seinen eigenen Leuten einfach nicht um.

(Beifall von der SPD)

Ich sage noch einmal: Alle Experten waren sich einig, dass wir im Moment einen hohen Standard haben. Um auch das noch einmal zu erwähnen: Das, was Herr Still von der Thyssen-Steel AG in der Anhörung dargelegt hat, war sehr eindrucksvoll. Er hat nämlich am Beispiel der Thyssen-Steel AG in Duisburg dargelegt, wie kompliziert die Genehmigung und die Überwachung einer solchen Anlage sind und wie viel Sachverstand und wie viel Know-how man dafür braucht. Dann hat er gesagt: Wenn Sie das kommunalisieren, gibt es keine adäquaten Ansprechpartner mehr. – Er hat sehr davor gewarnt.

Ich bitte Sie, sich das noch einmal anzuhören. Nehmen Sie solche Kritiken ernst, und überlegen Sie, ob diese Reform wirklich der richtige Weg ist.

Wir haben in der Anhörung mehrfach gehört, dass das ein gut laufendes System ist. In der IT-Branche sagt man immer wieder: Never change a good running system.

(Beifall von der SPD – Zurufe von der CDU)

Das, was Sie machen, ist eine Veränderung des Systems im vollen Lauf. Das kann nicht gut gehen. Damit kann man die Qualität nicht halten. Damit kann man vor allen Dingen den zentralen Anforderungen, die an eine Verwaltung gestellt werden, nicht entsprechen.

Sie haben bisher noch kein einziges Mal erklärt, wie mit Ihrer Reform wirklich Bürgernähe gewährt werden soll und wie mit Ihrer Reform die Genehmigungsverfahren für die Unternehmen besser werden. Erklären Sie das hier doch einmal. Stellen Sie sich hierhin und erklären Sie, wie das mit Ihrer Reform besser werden soll. Alle Experten sagen uns, es werde schlechter, und warnen. Sie müssten einmal ein Argument dafür bringen, warum Sie meinen, dass es besser wird.

Meine Damen und Herren, das, was mit dieser Reform angegangen wird, ist weder für die Bürgerinnen und Bürger in Nordrhein-Westfalen noch für die Unternehmen gut, und es ist eine Katastrophe für die Beschäftigten. Deshalb bitte ich Sie: Denken Sie noch einmal darüber nach. So kann man das wirklich nicht machen. – Danke.

(Beifall von der SPD)

Präsidentin Regina van Dintther: Danke schön, Frau Schulze. – Es spricht jetzt Herr Ortgies von der CDU-Fraktion.

Friedhelm Ortgies (CDU): Frau Präsidentin! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Der heute vorgelegte Gesetzentwurf der Landesregierung zeigt: Wir sagen, was wir tun, und wir tun, was wir sagen.

Der Bürokratieabbau ist einer der zentralen Punkte der Landespolitik der nächsten Jahre. Mit dem Gesetzentwurf, über den heute diskutiert wird, machen wir einen Riesenschritt hin zu einer effektiven bürger- und wirtschaftsfreundlichen Verwaltung.

Im Geschäftsbereich des MUNLV, zu dem ich heute sprechen werde, wird es große Veränderungen geben. Mein Kollege Theo Kruse hat sie schon detailliert aufgezählt. Ich will darauf nicht näher eingehen. Verschiedene Redner haben das gemacht. Aber eines will ich betonen: Durch die Übernahme von hoheitlichen Aufgaben des Verbraucherschutzes durch das neue Landesamt LANUV erhält die ehemalige Landesanstalt nun den Status einer Behörde. Durch die Übertragung der Belange von Forst, Jagd, Holznutzung und Waldökologie auf den Landesbetrieb Wald und Holz wird es auch hier zu einer sinnvollen Bündelung kommen.

Präsidentin Regina van Dinther: Herr Kollege, erlauben Sie eine Zwischenfrage von Herrn Körfges?

Friedhelm Ortgies (CDU): Ich habe nur noch drei Minuten. – Aber bitte, Herr Körfges.

Präsidentin Regina van Dinther: Bitte schön, Herr Körfges.

Hans-Willi Körfges (SPD): Herr Kollege, ich frage Sie: Ist Ihnen die Petition der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter des Dezernates 50 bei der Bezirksregierung in Köln bekannt, und wissen Sie, wie auf die Bedenken der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter hinsichtlich der Auflösung eingegangen worden ist?

Friedhelm Ortgies (CDU): Die Petition ist mir bekannt. Aber mir ist klar, dass es, wenn es zu Veränderungen kommt, auch Verunsicherungen gibt. Dann müssen wir die Menschen eben überzeugen.

Beim Verbraucherschutz wird es durch die Abgrenzung der kommunalen Kontrolle von der staatlichen Überwachung durch die neue Zuständigkeit des LANUV zu einer gründlicheren Überwachung im Sinne der Verbraucher kommen. Die Lebensmittelskandale der vergangenen Monate

sind auch eine Folge der verfehlten Politik der Vorgängerregierung.

(Beifall von der CDU)

Durch die Verdoppelung der Zahl der Lebensmittelkontrolleure werden wir auch hier mehr Sicherheit schaffen.

Egal, was ein Produkt kostet: Die Menschen müssen sich sicher sein, dass sie gute Lebensmittel kaufen. Im Übrigen haben mir die Debattenbeiträge der letzten Plenarsitzungen zu diesem Thema gezeigt, dass die SPD im Grunde ihres Herzens für eine Reform ist.

(Beifall von der CDU)

Allerdings konnte sie das vor einigen Jahren nicht durchsetzen, weil sie bis Mai 2005 überhaupt keinen Zutritt zum MUNLV hatte, und heute darf sie es nicht offen sagen, weil es ihr die Gewerkschaften und Personalvertretungen so vorschreiben.

Meine Damen und Herren, die heute zu beschließenden Änderungen insbesondere im Umweltrecht werden zu einer spürbaren Verbesserung der Effektivität führen. Gerade die immer von der Wirtschaft und den Bürgern beklagte Mehrfachzuständigkeit der Genehmigungsbehörden wird entscheidend vereinfacht. Frau Schulze, das ist bürgernah. Sie wollten ein Argument für Bürgernähe haben. Das ist bürgernah, wie wir es verstehen. Die rot-grüne Vorgängerregierung, vor allen Dingen eine damals noch bekannte Ministerin, hatte sich die Umweltverwaltung zu Eigen gemacht, für ihre Ziele instrumentalisiert und sie brutalstmöglich für ihre ideologischen Zwecke eingesetzt.

Die Folgen für Wirtschaft und Bürger sind bekannt. Die Wähler haben für diese destruktive Politik 2005 die Quittung erteilt. Ich habe festzustellen, dass Sie das immer noch nicht verwunden haben. Ich bitte die SPD allerdings, unseren konstruktiven Weg, den sie selbst eigentlich immer gehen wollte, zu begleiten.

Wir wissen auch, dass wir den Beschäftigten einiges zumuten. Aber ich weiß auch aus internen Gesprächen, dass viele Beschäftigte diesen Weg positiv begleiten; denn alle wissen: Wenn wir heute nicht handeln, werden die Einschnitte später umso tiefer sein. – Herzlichen Dank.

(Beifall von CDU und FDP)

Präsidentin Regina van Dinther: Herr Rimmel hat sich zu Wort gemeldet.

Johannes Rimmel (GRÜNE): Frau Präsidentin! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Der Beitrag von Herrn Ortgies kann als letzter Beitrag der Debatte einfach nicht so im Raum stehen bleiben. Deshalb muss man dazu noch etwas sagen.

(Zurufe von der CDU)

Bitte, legen Sie doch einfach einmal die Stellungnahmen, die der BUND und die Naturschutzverbände fast wortgleich eingereicht haben, und die Stellungnahmen des BDI und des VCI zur Qualität der Umweltverwaltung in der Vergangenheit und in der Gegenwart neben den Wortbeitrag von Herrn Ortgies. Dann wird doch klar, dass es darum geht, mit diesem Gesetzentwurf ein Trauma abzuarbeiten.

(Beifall von GRÜNEN und SPD)

Es geht Ihnen gar nicht um die Sache. Und im Gesetzentwurf wird auch deutlich, dass es Ihnen gar nicht um die Sache geht. Sie haben nämlich den Verbraucherschutz in diesem Landesamt zusammengeführt, wie wir teilweise gefordert haben, allerdings mit heißer Nadel. Sie mussten, weil es eben mit der heißen Nadel genäht ist, einen solch umfangreichen Änderungsantrag nachliefern. Das macht deutlich, dass das aufgrund unserer Kritik hoppla hopp entstanden ist. Aber bitte beantworten Sie doch die Frage, warum Sie den Verbraucherinnen und Verbrauchern den Verbraucherschutz in einer Sonderbehörde angedeihen lassen wollen, aber der Umwelt nicht. Diese Frage steht doch im Raum, und die haben Sie heute auch nicht beantwortet. Das macht noch einmal deutlich und unterstreicht: Ihnen geht es darum, Ihre Ideologie, ihr Trauma an der letzten Landesregierung hier abzuarbeiten. In der Sache kommen wir hier kein Stück weiter. Das muss an dieser Stelle noch einmal festgehalten werden, damit keine Legenden gebildet werden. – Vielen Dank.

(Beifall von GRÜNEN und SPD)

Präsidentin Regina van Dinther: Danke schön. – Meine Damen und Herren, ich sehe keine weiteren Wortmeldungen mehr. Wir sind am Ende der Debatte.

Der Ausschuss für Kommunalpolitik und Verwaltungsstrukturreform empfiehlt in seiner Beschlussempfehlung Drucksache 14/3044, den Gesetzentwurf Drucksache 14/2574 in der Fassung seiner Beschlüsse anzunehmen. Die Fraktion der SPD hat gemäß § 72 Abs. 1 der Geschäftsordnung eine Einzelabstimmung über Art. 24 – neu – beantragt.

Wir kommen zur Abstimmung und stimmen erstens über den **Artikel 24 – neu** – ab; das betrifft

die Übergangsregelung zum Kommunalwahlgesetz **in der Fassung der Beschlussempfehlung 14/3044**. Wer dem zustimmen mag, den bitte ich um das Handzeichen. – Wer ist dagegen? – Wer enthält sich? – Dann ist das einstimmig so **beschlossen**.

Zweitens stimmen wir über die **Beschlussempfehlung 14/3044 im Übrigen** ab. Wer dieser Beschlussempfehlung zustimmen mag, den bitte ich um das Handzeichen. – Das sind CDU und FDP. Wer ist dagegen? – Das sind SPD und Bündnis 90/Die Grünen. Dann ist diese Beschlussempfehlung auch **angenommen**.

Drittens kommen wir zur Gesamtabstimmung über den **Gesetzentwurf Drucksache 14/2574 entsprechend der Beschlussempfehlung** des Ausschusses. Wer dem zustimmen mag, den bitte ich um das Handzeichen. – Das sind CDU und FDP. Wer ist dagegen? – SPD und Grüne. Damit ist die Beschlussempfehlung **angenommen** und der Gesetzentwurf in zweiter Lesung verabschiedet.

(Beifall von CDU und FDP)

Meine Damen und Herren, wir kommen zu Tagesordnungspunkt

9 Gesetz zur Änderung des Polizeiorganisationsgesetzes und zur Änderung weiterer Vorschriften über die Organisation der Polizei

Gesetzentwurf
der Landesregierung
Drucksache 14/3018

erste Lesung

Zur Einbringung des Gesetzentwurfes erteile ich vonseiten der Landesregierung Herrn Innenminister Dr. Wolf das Wort. Bitte schön.

Dr. Ingo Wolf, Innenminister: Frau Präsidentin! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Bei den Strukturreformen geht es Schlag auf Schlag: Am 18. Mai 2006 hat der Landtag das Erste Gesetz zur Änderung Polizeiorganisationsgesetzes verabschiedet. Zur notwendigen Straffung der Strukturen der Polizei wurden damit die Wasserschutzpolizei mit dem PP Duisburg, das PP Mülheim mit dem PP Essen und das PP Leverkusen mit dem PP Köln zusammengeführt. Die Maßnahmen treten am 1. Januar 2007 in Kraft. Mit der Umsetzung liegen wir im Zeitplan.

(Unruhe – Glocke)